

## Ziele meiner politischen Arbeit und der Partei DIE LINKE

*„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“*

So lautet der Amtseid, den der Bundespräsident, der/die Bundeskanzler/in und die Minister bei Amtsantritt ablegen. Bei meiner politischen Arbeit will ich mich ebenfalls ganz von diesen Zielen leiten lassen.

### **Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben muss das Ziel aller Politiker/innen sein.**

Eine Politik ist dann gerecht, wenn sie die Möglichkeit bietet, dass **allen** Menschen unserer Gesellschaft durch ihr Einkommen ein gutes Leben ermöglicht wird. Von diesem Ziel sind wir heute weit entfernt. Die Millionen von Arbeitslosen, insbesondere die Hartz IV-Empfänger/innen, die Millionen, die im Niedriglohnsektor, bei Leiharbeitsfirmen oder mit Zeitverträgen arbeiten, sie haben kein ausreichendes Einkommen oder leben in der Ungewissheit, wie lange sie noch einen Arbeitsplatz haben. Diese ungerechte Verteilung setzt sich dann im Rentenalter verstärkt fort, für immer mehr Rentner/innen sind die Rentenbezüge nicht mehr ausreichend, um ein gutes Leben führen zu können.

Eine Politik der Gerechtigkeit darf auch selbstverständlich nicht nur den nächsten Wahltermin im Auge haben, sondern muss längerfristige Erfordernisse berücksichtigen. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und der Ausverkauf von öffentlichen Einrichtungen ist eine Folge der Steuergeschenke an reiche Kapitalbesitzer/innen, Unternehmen und Spekulanten. Diese Politik verstärkt die Umverteilung von unten nach oben, die Staatsverschuldung ist die dauerhafte Zementierung der Verteilungsgerechtigkeits und eine undemokratische Bevormundung der jungen, geburtenschwachen Generation, denn sie sind gezwungen, die Lasten aus der Staatsverschuldung zu übernehmen und dann auf die deutlich geringere Zahl an Arbeitskräften zu verteilen. Sie müssen auch die finanziellen Folgen von völlig unsinnigen Prestigeprojekten (wie z.B. Stuttgart 21) übernehmen, ob sie wollen oder nicht, sie werden nicht gefragt. Eine Politik der Gerechtigkeit darf sich aber nicht nur auf die heute lebenden Menschen beziehen, sondern auch auf die zukünftigen Generationen. **Wir müssen heute so handeln und wirtschaften, dass die nach uns lebenden Menschen dieselben Chancen haben wie wir.** Ganz konkret bedeutet das, dass wir heute die Rohstoffe der Erde nicht so stark ausbeuten dürfen, dass sie schon in absehbarer Zeit von 200 Jahren, von 100 Jahren oder sogar in noch kürzerer Zeit zur Neige gehen. Dies ist in höchstem Masse verantwortungslos.

Ebenso verantwortungslos ist der exzessive Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, was dazu führt, dass sich die Temperatur auf der Erde immer stärker erhöht und in der Folge sich die Wüsten ausdehnen, die Gletscher und das Eis am Nordpol und auf Grönland schmelzen und der Meeresspiegel um bis zu 7 m ansteigt und dadurch große Teile von Tiefebene überflutet werden, auch in Deutschland, aber vor allem die fruchtbaren und dicht bewohnten Gebiete in Asien und Amerika. Der Klimawandel wird mehreren hundert Millionen Menschen die Lebensgrundlagen entziehen, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Die Grenzen, die uns die Natur setzt, können wir nicht länger ignorieren. Wir müssen den Rohstoffverbrauch durch ein verändertes Konsumverhalten und durch eine Revolution in der Nutzung der eingesetzten Rohstoffe dramatisch reduzieren und wir müssen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß innerhalb der nächsten 40 Jahre um 90 % reduzieren. Die erforderlichen Veränderungen erfordern einen sehr hohen Personalaufwand.

**Wir müssen deshalb diese grundlegenden Veränderungen jetzt, so lange wir noch einen Arbeitskräfte-Überschuss haben, durch eine ökologisch-soziale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik herbeiführen.**

**Kernpunkte der ökologisch-sozialen Politik der LINKEN sind:**

1. Die Einführung eines Mindestlohnes in Höhe von 10,- € / Stunde
2. Eine Anhebung der Sozialbezüge
3. Eine Mindestrente, die vor Armut schützt
4. Die Umwandlung der Ökosteuer in eine sozial ausgeglichene Ressourcensteuer. Diese Steuer wird auch auf importierte Produkte erhoben und wie die MwSt beim Export zurückerstattet. Damit werden unsere Unternehmen nicht benachteiligt. Die Ressourcensteuer führt dazu, dass die Unternehmen mehr in die effektive Nutzung der Rohstoffe investieren und mehr Arbeitskräfte einstellen.
5. Eine deutliche Erhöhung der Staatseinnahmen durch die Rücknahme der Steuergeschenke für Vermögende und Unternehmen. Wir fordern: Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anhebung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, die Erhöhung der Körperschaftssteuer, die Besteuerung der Kapitaleinkommen entsprechend der Einkommenssteuer, sowie die Sicherstellung einer Angemessenen Besteuerung aller Finanztransfers. Mit diesen Mehreinnahmen von über 100 Mrd. € werden wir die dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen und die moderate Erhöhung der Sozialleistungen finanzieren, außerdem ist es wichtig, dass die Staatsverschuldung gestoppt und zurückgeführt wird.

All diejenigen, die befürchten, dass höhere Steuern dazu führen werden, dass die Unternehmen nicht mehr genug investieren können, kann ich beruhigen: **Geld ist in Hülle und Fülle vorhanden und die Steuersenkungen der Rot-Grünen Koalition hat dazu geführt, dass die Nettoinvestitionen von etwa 6 % auf 3 % gesunken sind.** Auch im Spitzenjahr 2011 betrug die Nettoinvestitionsrate nur 3,4 %. Das durch die große Steuerreform verschenkte Geld wurde also nicht für zusätzliche Investitionen in der Realwirtschaft verwendet, was erwartet wurde, im Gegenteil, die Steuersenkungen führten dazu, dass sich die Investitionen halbierten, weil kein Anreiz mehr bestand, durch Investitionen Steuern zu sparen. **Das Kapital ging in die Spekulation und führte zu der Banken- und Finanzkrise, in der wir immer noch stecken und die zu einer dramatischen Erhöhung der Staatsverschuldung führte.** Wie lange wollen wir diese grundverkehrte Politik noch betreiben?

Mit unserer Politik wird die Krise überwunden, die dringend erforderlichen Investitionen ermöglicht, der Klima- und Ressourcenschutz konsequent verstärkt, die Arbeitslosigkeit reduziert, die Handlungsfähigkeit des Staates wieder hergestellt, die Privatisierung gestoppt und die soziale Gerechtigkeit erreicht.

Der geringere Rohstoffverbrauch hat noch einen weiteren ganz wichtigen Nebeneffekt: Er ermöglicht uns, zu einer echten Friedenspolitik zu kommen, wir werden die Bundeswehr nicht zur Sicherung der Rohstoffversorgung missbrauchen müssen, wie es von den anderen Parteien vorgesehen ist. Wollen wir denn allen Ernstes Kriege um die letzten Rohstoffvorkommen der Erde führen? Wer so etwas plant, hat wohl nicht alle Tassen im Schrank!!

Nein, wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen reduzieren, dann ist genug für alle da!!

Wenn Sie eine Partei kennen, die eine bessere Politik realisieren wird, dann wählen sie diese Partei, wenn Sie aber unsere Politik für richtig halten, dann bitte ich sie um ihre beiden Stimmen, die Erststimme für mich als Kandidaten und die Zweitstimme für die Partei DIE LINKE

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen,  
ihr Bundestagskandidat  
Franz Groll

Gechingen, den 5.5.13